

Interpellation der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Integration von Migrantinnen und Migranten in Bayern (Drs. 16/8479)

Renate Ackermann (GRÜNE).....	7253 7260
Martin Neumeyer (CSU).....	7256 7258 7260
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	7258
Angelika Weikert (SPD).....	7260
Günther Felbinger (FREIE WÄHLER).....	7264
Brigitte Meyer (FDP).....	7267
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER).....	7270
Staatsministerin Christine Haderthauer...	7271 7274 7275
Christine Kamm (GRÜNE).....	7273
Diana Stachowitz (SPD).....	7274

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König und Fraktion (CSU),
Markus Rinderspacher, Harald Güller und Fraktion (SPD),
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)

Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern (Drs. 16/9117)

und

**Bestätigung
der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder**

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/9235)

Dr. Florian Herrmann (CSU).....	7275
Ludwig Wörner (SPD).....	7276
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	7277 7279
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	7277
Tobias Thalhammer (FDP).....	7278 7279

Einsetzungsbeschluss (s. a. Anlage 5)..... 7280

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU),
Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/8366)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/9238)

und

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/8367)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/9234)

und

Antrag der Abgeordneten

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

hier: Ministerin- oder Ministerbefragung
(Drs. 16/9187)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/9231)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

hier: Absetzung von Beratungsgegenständen
(Drs. 16/9188)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/9232)

Geben Sie mir schließlich recht, wenn ich sage, dass Sie erst seit einigen Jahren überhaupt Geld für die Krippen- und die Hortbetreuung zur Verfügung stellen? Die Mittel sind erst in den vergangenen Jahren aufgestockt worden.

Wenn Sie München und Nürnberg eine Schuld zuweisen, dann weise ich darauf hin, dass Sie sehr wohl Ihren Anteil an der Situation haben. Der Bedarf in München liegt wesentlich höher. Von daher sind nicht genügend Plätze da, nicht aber, weil die Quote so niedrig wäre.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Ministerin, die Erwiderung bitte.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Erstens. Die Bedingungen - vor einigen Jahren waren es noch andere - gelten für ganz Bayern. Es trifft nicht zu, dass München oder Nürnberg selektiv schlechtere Förderbedingungen hatten.

Zweitens. Natürlich ist der Bedarf in Großstädten höher. Wenn man jedoch mit einem Rucksack an Altlasten auf neue Bedarfslagen reagieren soll und seit Jahren über 5.000 Kindergartenplätze fehlen, dann wird es schwieriger, mit den Krippenplätzen hinterherzukommen. Das ist in München nun einmal der Fall.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Hinzu kommt, dass München die bayerische Statistik kaputt macht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Rechnen wir München heraus, stellen wir fest, dass die Bedarfsdeckung in Bayern schon bald erreicht wäre.

(Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Ende des Jahres hatten wir, bezogen auf den Freistaat, eine Bedarfsdeckung von 29 %. Ohne die in München fehlenden Plätze hätten wir den angestrebten Anteil schon erreicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Gleiches gilt für die Hortplätze. Ich stelle fest: Durch alle Altersgruppen hindurch fehlen in den bayerischen Großstädten, die sozialdemokratisch regiert sind, flächendeckend Betreuungsplätze.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen sehe ich nicht. - Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König und Fraktion (CSU),

Markus Rinderspacher, Harald Güller und Fraktion (SPD),

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)

Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern (Drs. 16/9117)

und

Bestätigung

der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion.

Das erste Wort hat der Kollege von der CSU-Fraktion, Florian Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir hier im Hohen Haus intensiv über die Energiewende beraten. Ministerpräsident Horst Seehofer hat deutlich gemacht: Die Energiewende ist eine große Herausforderung für Bayern.

Die CSU-Fraktion hat in der vergangenen Plenardebatte der Opposition die Hand gereicht, in dieser wichtigen Frage zusammenzuarbeiten. Unser Angebot gilt weiter. Heute entscheiden wir darüber, mit welchem parlamentarischen Gremium die Energiewende begleitet, vorangetrieben und gestaltet werden soll. Unser Angebot gilt: Wir setzen heute eine Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern ein. Eine Kommission ist hierfür das richtige Gremium. Energiepolitik ist nämlich eine Querschnittsaufgabe. Die Energiepolitik berührt verschiedene Bereiche, zum Beispiel die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns, die Umwelt und den Klimaschutz, die Landwirtschaft, die kommunale Ebene, finanzielle Fragen und soziale Aspekte wie zum Beispiel die Entwicklung des Energiepreises. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer übergreifenden Kommission. Sie kann, anders als ein Ausschuss, als Querschnittseinheit ohne Kompetenzüberschneidungen arbeiten. Sie soll die Ideen der Ausschüsse zusammenführen, sie aber nicht alternativ erarbeiten. Wir wollen die Ideen bündeln, aber nicht parallel in

mehreren Gremien das Gleiche tun. Die Kommission soll die zentrale Frage behandeln, wie wir die Energiewende in Bayern umsetzen.

Wir alle sind uns doch einig: Wir wollen den Freistaat Bayern auch künftig mit sicherer, klimaverträglicher, verlässlicher, sauberer und bezahlbarer Energie versorgen. Wir sind uns auch darüber einig, dass wir heute noch nicht alle Antworten auf die Fragen der künftigen Energieversorgung kennen. Wie werden sich beispielsweise die technischen Möglichkeiten der erneuerbaren Energien weiterentwickeln? Wie halten wir die Netze stabil? Wie sieht die Speichertechnologie der Zukunft aus? Wir sind uns auch darüber einig, dass die Politik allein die Energiewende nicht bewältigen können wird. Wir brauchen die Bürgerinnen und Bürger, die Forschung und die Wirtschaft.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Deshalb lassen Sie uns die Kommission nicht zu einem Ort des Parteiengezänks machen, sondern zu einem Ort des politischen Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Wir wollen die Menschen von der Energie der Zukunft überzeugen und sie bei der Energiewende mitnehmen.

Die Energie der Zukunft ist - ich habe es bereits gesagt - ein Querschnittsthema. Wir haben die Mitglieder unserer Fraktion in die Kommission berufen, die über ein fachlich breites Wissen verfügen. Tobias Reiß und Markus Blume, die auch Mitglieder der jungen Gruppe der CSU-Fraktion sind, haben federführend in unserer Fraktion ein Positionspapier zur Energiepolitik der Zukunft verfasst. Es ist übrigens das einzige Energiepapier aller Landtagsfraktionen.

(Beifall bei der CSU)

Albert Füracker, ein hervorragender Landwirtschafts-politiker, wird seinen Sachverstand im Energiebereich einbringen. Christa Stewens kann als Mitglied des Umweltausschusses wie keine andere die ökologischen mit den sozialen Aspekten verknüpfen. Sie genießt darüber hinaus in der Bevölkerung und über alle Parteigrenzen hinweg höchstes Ansehen. Als stellvertretende Mitglieder schlagen wir unsere Umweltpolitiker Otto Hünnerkopf und Martin Schöffel sowie unsere Finanzpolitikerin Gertraud Goderbauer und unsere Landwirtschafts- und Sozialpolitikerin Gudrun Brendel-Fischer vor.

Lassen Sie uns gemeinsam die Energiewende in Bayern umsetzen. Lassen Sie uns in der Energiekommission gemeinsam mit den Menschen in Bayern an der Energieversorgung von morgen arbeiten. Lassen Sie

uns daher gemeinsam für die Einsetzung einer Energiekommission stimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Ludwig Wörner das Wort. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war meiner Meinung nach ein denkbar schlechter Anfang.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Allerdings!)

Sie wissen alles, Sie haben ein Papier erstellt, alle anderen sind dumm und wissen gar nichts.

(Alexander König (CSU): Das hat keiner gesagt, Herr Wörner!)

So werden wir nicht miteinander arbeiten können, und so wollen wir auch nicht miteinander arbeiten. Wir sind nicht glücklich über die Kommission. Sie alle wissen, welche Gründe das hat. Wir wollten eigentlich einen Ausschuss einrichten. Wir stehen aber dazu, dass wir in der Kommission mitarbeiten. Wir reichen Ihnen die Hand, aber wir werden Ihnen nicht gleich den ganzen Arm mit Schulter geben. Wir wollen vielmehr gemeinsam etwas entwickeln, und zwar im Interesse dieses Landes. Unsere große Bitte ist: Lassen Sie uns das gemeinsam entwickeln.

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Wir brauchen kein Gezänk. Das funktioniert ganz anders. Ich war allerdings überrascht, zu hören, dass die Kommission die Ideen nur zusammenführen soll. Ich bin Parlamentarier geworden, weil ich selber etwas tun will. Wir sollten schon gemeinsam darüber nachdenken, wenn sich das Gremium konstituiert hat, als was wir uns verstehen. Ich überlasse das gerne denen, die in der Kommission sind. Wir werden sicher gute Kompromisse finden.

Wir werden für unsere Ziele werben müssen. Wir können unsere Zukunft nur gemeinsam gestalten. Dazu werden wir viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wir tun uns dabei etwas leichter als die Mehrheitsfraktion in diesem Haus, weil wir dafür schon immer geworben haben. Wir werden daran arbeiten müssen, dass die Politik bei der Gestaltung der Zukunft glaubwürdig bleibt. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir werden allerdings kein Feigenblatt werden. Wir werden Beschlüsse nicht einfach abnicken, die andere getroffen haben. Das wird nicht funktionieren. Ich

glaube, dass es unser aller Anspruch als Parlamentarier ist, selbst Entscheidungen zu treffen, die wir dann nach außen vertreten müssen. Um das sicherzustellen, werden wir möglichst viele Kompromisse schließen müssen. Es muss jedoch auch gestattet sein, eigene Ideen einzubringen. Das gilt für alle Seiten. Denn es ist, wie man in Bayern sagt, genug Hirnschmalz vorhanden, das wir einbringen können. Wir sollten nicht darauf warten, dass uns von außen Ideen serviert werden. Wenn uns das gelingt, dann ist mir überhaupt nicht bange. Im Gegenteil: Wenn wir das einigermaßen hinbekommen, dann werden wir in vieler Hinsicht schneller werden, als wir es selber glauben. Eines werden wir mit Sicherheit nicht machen: Wir werden nicht die PR-Abteilung der Staatsregierung spielen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Es ist, so glaube ich, der Anspruch aller Parlamentarier, deutlich zu machen, dass das Parlament Gewicht in dieser Frage hat. Dieses Gewicht muss deutlich zur Geltung kommen. Wir sind bereit, dafür zu sorgen.

Es gibt allerdings noch ein Manko, das wir beheben müssen. Sie haben einen Nachtragshaushalt verweigert. Wir brauchen aber Geld, um die Arbeitsfähigkeit der Kommission zu gewährleisten. Ohne Geld wird es nicht gehen. Meine Bitte wäre, möglichst schnell mit uns zusammen einen Nachtragshaushalt aufzustellen, um sicherzustellen, dass die Arbeit der Kommission finanziell unterfüttert ist. Wir brauchen das Geld, um die Arbeit von Energieberatern oder Fördermaßnahmen zu gewährleisten. Wir reichen Ihnen unsere Hand. Wir werden die Arbeit kritisch begleiten und mit Ihnen zusammen die Energiewende für eine gute Zukunft Bayerns gestalten. Dieses Land hat den Übergang in eine andere Energiewelt verdient. Wenn wir das gemeinsam hinbekommen, sind wir gerne bereit mitzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FREIEN WÄHLER erhält das Wort Thorsten Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als kraftvoller Tiger gestartet - der Fraktionsvorsitzende der CSU, Herr Schmid, hat damals angekündigt, es solle einen Ausschuss geben -, aber als weichgespülter Bettvorleger gelandet.

(Georg Schmid (CSU): Ich habe nie einen Ausschuss verlangt! Sie haben nicht aufgepasst!)

Das kann man jetzt schon vorhersagen. Ich sage Ihnen voraus, dass diese Kommission letzten Endes ein Kaffeekränzchen oder ein Debattierclub ohne jegliche Befugnis werden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle sind uns in diesem Haus einig gewesen, wie wichtig die Energiewende für Bayern und Deutschland ist. Man hätte daher den Mut haben müssen, einen Ausschuss einzurichten. Wir FREIEN WÄHLER haben wegen der Wichtigkeit dieses Themas versucht, Sie davon zu überzeugen, einen Ausschuss einzusetzen. Dann wäre das Gremium mit der Kompetenz ausgestattet gewesen, die notwendig für die Energiewende ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren halten wir es für einen schlechten parlamentarischen Stil, dass Vorsitz und Stellvertretung über die Zeitung und nicht in diesem Haus diskutiert werden. Wenn ich morgens die Zeitung lese und das Gezänk zwischen FDP und CSU darüber zur Kenntnis nehmen muss, wer den Vorsitz übernehmen darf und soll - dies ist bis heute nicht geklärt -, dann ist das schlechter Stil und wird der Sache nicht gerecht. Das zeigt auch, wie Sie das Thema angehen. Sie tun es nicht mit dem Ernst, der dem Thema für Bayern und Deutschland angemessen wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER haben den Ernst der Lage erkannt. Wir haben immer gesagt: Es muss dort aufgehängt werden, wo es hingehört. Ein eigener Ausschuss im Parlament wäre möglich gewesen. Daher werden wir die Einsetzung einer Kommission, wie es jetzt vorgesehen ist, ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die GRÜNEN darf ich Ludwig Hartmann nach vorn bitten.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Wir werden den Antrag nicht unterstützen.

Unsere Ablehnung hat drei wesentliche Gründe. Dazu will ich aber kurz noch eine Vorbemerkung machen. Bei dem CSU-Berichtersteller ist das Wort "Dialog" gefallen. Der Antrag ist wochenlang durch die Medien gegeistert. Aus den Medien konnte man erfahren, wer der Kommissionsvorsitzende werden soll und wer der Stellvertreter wird. Dabei hat die Debatte zu diesem Antrag hier noch gar nicht angefangen, geschweige

denn ist sie abgeschlossen. Das spricht schon Bände und zeigt, wie es mit dem "Dialog" bei Ihnen steht.

Ich nenne einen der Gründe, warum wir nicht hinter dieser Kommission stehen. Wie wir alle wissen, gibt es ein Kompetenzgerangel beim Thema Energiepolitik. Wie es in der Staatsregierung damit bestellt ist, ist bekannt. Unsere Anfrage zum Thema Windkraft hat es damals deutlich gemacht: Erst geht die Sache an das Umweltministerium. Das braucht über vier Wochen, um festzustellen, dass es nicht zuständig ist. Dann geht die Sache zum Wirtschaftsministerium. Eine Antwort dazu gibt es aber bis heute nicht.

Wir hätten uns zumindest im Landtag ein Gremium schaffen sollen, nämlich einen Energieausschuss, der sich mit allen Themen der Energiewende befassen kann. Es ist nicht gut, dass Teilbereiche im Wirtschaftsausschuss, Teilbereiche im Innenausschuss, was das Baurecht angeht, und Teilbereiche im Umweltausschuss beraten werden. Wenn man gut arbeiten will, braucht man einen Energieausschuss, wie wir ihn gefordert haben.

Ich nenne einen zweiten Grund, weshalb wir nicht hinter der Energiekommission stehen. Wir befürchten, dass diese Kommission zu einer reinen PR-Abteilung der Regierung verkommen wird, die nur zeigen soll, dass man etwas tut. Da können wir nicht mitgehen. Wir werden das auch nicht tun.

Als dritten nenne ich den gravierendsten Grund. Wenn man den Antrag durchliest, bekommt man das Gefühl, dass man für die Energiewende die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen muss. Wir müssen aber einmal auf die letzten Jahre zurückblicken. Da haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Solaranlagen und die Landwirte in Biomasseanlagen investiert. Die Bürgerinnen und Bürger sind also um Welten weiter als die Staatsregierung. Das darf man nicht vergessen.

Wenn jetzt davon geredet wird, die Bürgerinnen und Bürger müssten mitgenommen werden, dann stellt man sich die Frage: Wie können wir bei der Energiewende glaubhaft die Staatsregierung mitnehmen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem wirklich negativen Zungenschlag kann man noch einen weiteren Grund anfügen. Wie Sie sich sicher noch relativ gut erinnern, hat Bayern von der Agentur für erneuerbare Energien im Jahr 2010 einen Sonderpreis für die im Bereich der erneuerbaren Energien engagierten Bürger bekommen. Das darf man nicht vergessen. Die Bürger hier sind sogar weiter als in manchen anderen Bundesländern. Davon zu

sprechen, die Bürgerinnen und Bürger müssten mitgenommen werden, geht also am Ziel vorbei.

Die entscheidenden Fragen der Energiewende setzen ein entschlossenes Handeln voraus. Dabei müsste es eigentlich darum gehen, wie viel Geld einzusetzen ist, um die Energiewende vernünftig zu gestalten. Es geht auch darum, welche Rahmenbedingungen geändert werden sollen. Weiter muss man fragen: Welche Zielkonflikte müssen gelöst werden? Das betrifft die Themen Gaskraftwerksausbau, Stromspeicher, Netzausbau usw. Diese Bereiche werden als Auftrag noch nicht gesehen. Da fehlt uns etwas.

Mit der Kommission kann man vielleicht zeigen, dass man an der Sache arbeitet. Aber wenn das Parlament auf diesem Gebiet deutlich handlungsfähig sein will, wäre ein Energieausschuss die richtige Wahl. Dann würde es keine Kompetenzstreitigkeiten geben. Man könnte schnell und zügig Maßnahmen umsetzen. Das wäre jedenfalls der richtige Weg.

Aus diesen Gründen können wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich das Wort jetzt Tobias Thalhammer erteilen.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die formalen Fragen sind sicherlich alle super wichtig. Dennoch sollten wir einen Schritt weitergehen und die Frage stellen: Was können wir als Parlamentarier konkret tun, um die Energiewende voranzubringen, für die Energiewende bei den Bürgern zu werben und mit dem Instrument der Energiekommission die Energiewende praktisch zu gestalten?

(Beifall bei der FDP)

Wie wir alle wissen, stehen wir damit vor einer großen Herausforderung. Wir haben eine große Erwartungshaltung, aber auch eine Riesenchance, zu beweisen, dass die Politik nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zu Hause ist, dass die Politik nicht nur redet, sondern auch handelt.

Kurzum: Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir konsequent und ordentlich unsere Aufgabe in der Energiekommission erfüllen, wenn wir diese Chance also nutzen, kann die Energiekommission zu einer Sternstunde dieser Legislaturperiode werden.

Was haben wir dafür zu tun? Wir haben der Exekutive etwas vorzuschlagen, sie anzuschieben und, wenn es

sein muss, ihr hier und da auch einmal auf die Finger zu klopfen. Wirklich schlagkräftig werden wir aber nur, wenn wir gemeinsam und fraktionsübergreifend zusammenarbeiten.

Ich freue mich über die vorgeschlagene Zusammensetzung der Energiekommission. Wie ich finde, ist sie sehr kompetent aufgestellt. Jeder kann sein eigenes Spezialgebiet und sein eigenes Know-how einbringen.

Stellvertretend für die CSU-Fraktion nenne ich Albert Füracker, der mit all seiner langen Erfahrung in der Land- und Forstwirtschaft wichtige Beiträge leisten kann. Stellvertretend für die SPD-Fraktion nenne ich den Kollegen Wörner, der so wie ich die Wasserkraft nicht nur als eine tolle erneuerbare Energie der Vergangenheit ansieht, sondern auch als eine solche der Zukunft. Stellvertretend für die GRÜNEN nenne ich den Kollegen Hartmann. Er ist ein Energie-Tausend-sassa. Wir wissen, dass die Windenergie ihm ein wichtiges Anliegen ist. Ich nenne weiter den Kollegen Glauber von den FREIEN WÄHLERN, der mit seinen beruflichen Erfahrungen als Architekt bei der wichtigen und kniffligen Frage der energetischen Sanierung - bei allem, was mit Energieeinsparung zu tun hat - entscheidende Beiträge leisten wird.

Der Erfolg der Energiekommission wird vom Teamgeist abhängen.

(Beifall bei der FDP)

Die Energiewende können wir nur gemeinsam schaffen. Damit meine ich nicht nur die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Bürgern. Ich rege daher an, dass die Energiekommission nicht nur im Bayerischen Landtag tagt, sondern auch on tour geht, und zwar in alle Regierungsbezirke Bayerns, um vor Ort für die Energiewende zu werben, die Leute mitzunehmen und sie dafür aufzuschließen, dass sie bei der Energiewende mitmachen.

Wenn wir als Mitglieder von fünf Parteien gemeinsam für ein Thema stehen, kann die Energiekommission kein verhaltener Mitspieler sein, sondern muss bei der Energiewende ein antreibender Spielmacher sein können. Das sollte der Anspruch der Energiekommission sein.

Was die Bürger betrifft, so sollten wir allen Tüftlern und Unternehmern, die wir in Bayern haben, die Hand reichen und ihnen einen kräftigen Händedruck der Dankbarkeit geben. Wir können auf den Innovations- und Unternehmergeist stolz sein, den wir in Bayern haben. Das geht vom PV-Monteur bis zum Netzmanager.

Die Energiebranche in Bayern hat eine große epochale Chance, zu einem weltweiten Exportschlager zu werden. Hierfür zu sorgen ist auch eine Aufgabe der Energiekommission. Unsere kleinen und mittleren Unternehmen müssen entsprechend unterstützt werden.

Natürlich brauchen wir auch die Kommunen vor Ort. Denn dort muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit gewisse Aufgaben umgesetzt werden. Manche Aufgaben wie der Bau von Verteilernetzen und der Bau von Windkraftanlagen vor Ort sind sicher nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Wenn wir es schaffen, über alle Fraktionen hinweg einheitlich und glaubhaft für die Energiewende zu werben, wird es uns auch gelingen, manchen Widerstand vor Ort abzumildern. Auch diese "Promotion" ist Aufgabe der Energiekommission.

Ich freue mich sehr - Ihr Vertrauen vorausgesetzt -, dass ich in der Energiekommission aktiv mitarbeiten darf. Ich freue mich auch darauf, dass wir voneinander lernen werden, aber auch Expertenwissen von außerhalb an uns herangetragen wird. Ich freue mich echt darauf. Wenn es nach mir ginge, könnte es schon heute Abend oder heute Nacht oder auch gleich in der Sommerpause losgehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns einfach gemeinsam beginnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Es liegt mir eine Anmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Herr Kollege Glauber, bitte.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur sagen, dass ich ihm für seinen Werbeblock nichts bezahlt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Tobias Thalhammer, eine Frage: Sie haben ausgeführt, wie wichtig die Tätigkeit der Kommission für die Energiewende ist. Deshalb meine Frage: Warum setzen wir dann keinen Ausschuss ein, wenn es so wichtig ist? Warum bekommt ihr es nicht hin, dass ihr euch zu einem Ausschuss mit all seinen Kompetenzen durchringen könnt?

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Kollege Glauber, ich bin der festen Überzeugung, dass wir unser parteiübergreifendes Gezänk ad acta legen und uns nicht die Köpfe gegenseitig einschlagen sollten. Wir sollten uns vielmehr gemeinsam die Köpfe darüber zerbrechen, wie wir die unglaublich große Aufgabe der Energiewende in Bayern lösen wollen. Wenn wir alle gemeinsam an der Sache orientiert arbeiten, ist es

letztlich vollkommen wurscht, wie das Kind heißt, ob es dann eine Kommission oder ein Ausschuss ist. Wir haben unsere Aufgabe zu erfüllen und die Energie- wende mit unserem positiven Geist, unserer Motivati- on und unserer Arbeitskraft voranzubringen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wort- meldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zu Abstimmung. Der feder- führende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parla- mentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt den Einsetzungsantrag zur unveränderten Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe die Hände der CSU, der FDP und der SPD. Die Gegenprobe. - Ich sehe die Hände der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Enthaltun- gen? - Keine Enthaltung. Damit ist der Einsetzungs- antrag angenommen.

Nach dem soeben gefassten Beschluss besteht die Kommission aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für vier Mitglie- der, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die drei anderen Fraktionen von FREIEN WÄHLERN, BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP für jeweils ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist von den jeweils vor- schlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. Hinsichtlich der von den Frakti- onen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 5)

Der Tagesordnungspunkt 21 ist damit erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22 bis 26 auf.

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ([Drs. 16/8366](#))

und

Antrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Alexander König, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ([Drs. 16/8367](#))

und

Antrag der Abgeordneten

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
hier: Ministerin- oder Ministerbefragung ([Drs. 16/9187](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
hier: Absetzung von Beratungsgegenständen ([Drs. 16/9188](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
hier: fester Plenartag ([Drs. 16/9189](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältesten- rat wurde hierzu eine Redezeit von sieben Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erstem gebe ich dem Kol- legen Alexander König von der CSU-Fraktion das Wort.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gab eine interfraktionelle Arbeits- gruppe zur Änderung der Geschäftsordnung. Wir haben uns in dem interfraktionellen Antrag, der Ihnen vorliegt, auf eine Reihe von Klarstellungen, redaktion- ellen Änderungen, Vereinfachungen und auf einen Punkt, der den Datenschutz betrifft, geeinigt. Ich glau- be, ich brauche diese Änderungen nicht im Einzelnen auszuführen. Es handelt sich um einen interfraktionel- len Antrag. Wir sind uns hierin einig.

Darüber hinaus haben sich die Regierungsfaktionen zusammengesetzt und überlegt, welche Änderungen zusätzlich sinnvoll sind. Wir sind zu einer Reihe von Punkten gekommen. Zum einen sind wir der Meinung,